Aus der Stadtverordnetensitzung

vom 3. April 1928.

Unserem gestrigen Bericht sei ergänzend noch folgendes nachzutragen: Wie berichtet, stand u. a. auch das Projekt Wohnungsbau an der Schiller- und Rubenstraße betr. zur Beratung. Wir haben bereits berichtet, daß sich Bauausschuß und Rat für den von Herrn Architekt Moritz, Dresden, empfohlenen Bauplan entschieden haben, wodurch anstatt der zunächst vorgesehen gewesenen 48 Wohnungen 54 erstellt werden können, und zwar mit einer um 41 000 RM. niedrigeren Bausumme. Nachdem das gestern erwähnte Schreiben der Bewohner der Gartenhäuser an der Schillerstraße verlesen worden war, eröffnete Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider die Aussprache, indem er bemerkte, daß der Hinweis, daß durch das neuerliche Bauprojekt den dort befindlichen Wohnungen Luft und Sonne genommen werde, keine Begründung habe; man wolle nicht dazu übergehen, die bereits bestehenden Wohnungen unfreundlich und unsonnig zu machen. Um das zu ermöglichen, könne man sich dafür entschließen, an der Schillerstraße anstatt 4 nur 3 Häuser zu erstellen, wodurch allerdings nur 48 Wohnungen geschaffen werden könnten. Man habe aber anfänglich die Errichtung von nur 48 Wohnungen beschlossen, weshalb man sich jetzt wohl mit 48 zu erstellenden Wohnungen begnügen könne. Er empfehle deshalb, dem Projekte unter Berücksichtigung der von ihm vorgeschlagenen Abänderung zuzustimmen. Herr Stadtv. Billing unterstrich im wesentlichen die Ausführungen des Herrn Ersten Bürgermeister und betonte, daß die von den Wohnungsinhabern dargelegten Bedenken, wie er sich überzeugt habe, berechtigt seien. Herr Stadtv. Willkomm bemerkte, er habe die Ueberzeugung, daß bei Ausarbeitung des Projektes auch dem Bauamte und Herrn Architekt Moritz die ins Feld geführten Bedenken gekommen sein müßten, wenn diese wirklich allzusehr begründet wären. Er (Redner) stehe auf dem Standpunkte, heute die Vorlage des Rates anzunehmen, um in dem Baubeginn, der unmittelbar nach den Osterfeiertagen erfolgen solle, keine Verzögerung eintreten zu lassen. Redner schlug vor, die Vorlage zu verabschieden und den Ausschuß mit den nötigen Vollmachten auszustatten. Herr Stadtv. Boland äußerte sich vom fachmännischen Standpunkte aus zu dem neueren Projekt, dem er wenig Sympathieen abgewinnen könne. Besonders sei davor zu warnen, die Wohnungen zu klein und unpraktisch zu erstellen. Auch gegen die vielgepriesene künstlerische Ausgestaltung müsse er Bedenken hegen. Die „sogenannte künstlerische" Auffassung habe sich erfahrungsgemäß im Häuserbau nicht immer als vorteilhaft erwiesen. Es werde zweckdienlich sein, wenn man sich zu der neuerdings geplanten Ausführung auf den Kriegsfuß stelle, weshalb auch er empfehle, das Projekt nochmals zurückzuverweisen. — Herr Stadtv.-Vorsteher Günther entgegnete dem Vorredner, daß man an vielem, was früher in Riesa an Baulichkeiten geschaffen worden sei, wenig künstlerischen Sinn herausfinden könne und daß es wirklich an der Zeit sei, das Stadtbild zu heben und auch vom künstlerischen Standpunkte aus zu besehen. Der Gedanke, hierzu namhafte Architekten heranzuziehen, sei deshalb wohl berechtigt. Herr Architekt Moritz habe in Dresden auf die Grundrißlösung den 1. Preis erhalten, so daß man annehmen könne, daß auch hier etwas Richtiges geschaffen werde. Auch Herr Günther empfahl, Herrn Architekt Moritz zu beauftragen, die zutage getretenen Wünsche nachzuprüfen. — Herr Stadtv. Bleier erklärte, es sei Pflicht, soviel Wohnungen als möglich zu schaffen; man solle sich die vielen Arbeiterwohnungen ansehen, die zum Teil fast völlig ohne Luft und Sonne seien. Die kommunistische Fraktion werde der Ratsvorlage zustimmen. — Herr Stadtv. Dr. Mühlmeister betonte, daß auch die bürgerliche Fraktion die in der Eingabe hervorgehobenen Bedenken teile, weshalb zu empfehlen sei, die Vorlage nochmals an Rat und Ausschuß zurückzugeben. Größere Bedenken allerdings habe die Rechte gegen die Finanzierung des Projektes; aber auch diese Bedenken wolle man fallen lassen. Eine dritte Frage sei die Frage des Regiebaues. Die Rechte verlange, daß der Bau zur Ausschreibung gelange. Es würden kaum 14 Tage vergehen, bis die Preise von den Gewerken eingegangen seien. Der diesbezügliche Antrag wurde bekanntlich mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen. Herr Stadtv. Dr. Mühlmeister gab im weiteren bekannt, daß die Rechte im Prinzip nichts dagegen habe, daß Herr Architekt Moritz die Bauaufsicht mit übernimmt. Nach beendeter Aussprache wurden die bereits gestern bekanntgegebenen Beschlüsse gefaßt.

Punkt 8 der Tagesordnung betraf den Ratsbeschluß, den Eintritt in den Ideenwettbewerb für die neue Straße vom Bahnhof nach der inneren Stadt betr. Auch in dieser Angelegenheit wurde bekanntlich keine Einigung erzielt, so daß schließlich mit Mehrheit beschlossen wurde, die Sache zu vertagen. Die Aussprache hierüber nahm ebenfalls geraume Zeit in Anspruch. Aus dem von Herrn Stadtv. Urbach vorgetragenen Bericht war zu ersehen, daß die geplante Straße gleichzeitig auch eine direkte Verbindung der Stadtteile Gröba, Merzdorf und Weida herstellen und allen Verkehrsanforderungen Rechnung tragen soll, auch solle damit ein neuer Bebauungsplan erschlossen werden. Durch Erbauung dieser Straße würden die jetzige Bahnhofs- und Hauptstraße wesentlich entlastet werden, um so mehr, als an der neuen Straße die Errichtung größerer Bauten vorgesehen werden soll. Das städtische Bauamt hat auf Antrag sich mit der Angelegenheit befaßt und vorgeschlagen, einen Ideenwettbewerb unter sächsischen Künstlern und Ingenieuren zu veranstalten und drei Preise dafür auszusetzen. Es sind als 1. Preis 3000 Mark, als 2. Preis 1500 Mark und als 3. Preis 1000 Mark vorgesehen. Dem zu bildenden Preisrichterkollegium sollen u. a. auch einige Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums angehören. Ein Antrag der SPD.-Fraktion wünscht, daß sich an dem Wettbewerb auch Künstler außerhalb Sachsens, die im Deutschen Reiche ansässig sind, beteiligen können. — Namens der bürgerlichen Fraktion erklärte Herr Stadtv. Tröger, daß sie es für viel zu verfrüht halte, einem solchen Plane näherzutreten, da an dessen Durchführung in absehbarer Zeit nicht gedacht werden könne. Des weiteren erscheine auch die für den Wettbewerb vorgeschriebene Summe zu niedrig. Aus den angeführten Gründen könne sich die Rechte nicht entschließen, der Vorlage jetzt zuzustimmen. Man sei vielmehr der Ansicht, die Sache zu vertagen bis zu dem Zeitpunkte, an welchem wirklich Aussicht vorhanden ist, das Projekt durchführen zu können. — Auch Herr Stadtv. Bleier erklärte namens der kommunistischen Fraktion, daß diese gegen das Projekt stimme. Das Geld, das zu dem Wettbewerb verausgabt werden solle, werde für andere Zwecke nötiger gebraucht; man solle es zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter verwenden. — Herr Stadtv.-Vorsteher Günther erinnert daran, daß sich an dem Wettbewerb wohl zum größten Teile Künstler beteiligen würden, die zu den notleidenden Kreisen zählen. Uebrigens sei seinerzeit der Beschluß einstimmig vom Kollegium gefaßt worden, die Angelegenheit in die Wege zu leiten. Seine Fraktion werde dem Laufe der Dinge mit der größten Gelassenheit zusehen. — Herr Stadtv. Horn sprach ebenfalls für die Vorlage. Er regte gleichzeitig an, den Fußweg an der Kurve der Bahnhofstraße vor dem „Deutschen Haus" zu schmälern und die Fahrstraße im Interesse des dort herrschenden starken Verkehrs entsprechend zu verbreitern oder gegebenenfalls wenigstens zu veranlassen, daß das Halten der Wagen an der fraglichen [illegible] — Herr Stadtv. Boland gab Anregungen, die bei der geplanten Durchführung der Bismarckstraße berücksichtigt werden möchten. — Nachdem auch Herr Stadtv. Turra für das Projekt eingetreten war, erklärte Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider, daß der Rat lediglich in Ausführung des Auftrages der Stadtverordneten gehandelt habe. Im Rate habe Einmütigkeit bestanden; leider sei dies im Stadtverordnetenkollegium nicht der Fall. Die Ansicht des Rates sei, daß es für die Stadt jedenfalls kein Schaden sei, wenn für das in Frage stehende Stück eine Planung vorgesehen werde, wobei natürlich die besonderen Interessen der anliegenden Grundstücksbesitzer nicht das Ausschlaggebende sein könnten, wenn auch nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden würde. Werde die Vorlage abgelehnt, bleibe dem Rate nichts weiter übrig, als in seinen begonnenen Arbeiten fortzufahren. — Herr Stadtv. Dr. Mühlmeister empfahl nochmals, die Angelegenheit heute zurückzuweisen, worauf Herr Stadtv. Günther wiederholt gegen die Vertagung sprach. Er bat, grundsätzlich zu entscheiden, damit man wisse, daß die zu errichtenden Gebäude dorthin gesetzt werden können, wohin sie gehören. Es sei u. a. geplant, ein Gewerkschaftshaus zu bauen. — Nachdem Herr Stadtv. Tröger nochmals ausdrücklich betont hatte, daß die Rechte nicht grundsätzlich gegen das Projekt sei, sondern nur wünsche, die Frage nochmals eingehend zu prüfen, war die Aussprache beendet. Der Vertagungsantrag wurde bekanntlich mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung, Durchführung der Beschleusung im Siedlungsgelände im Stadtteil Merzdorf betr., berichtete Herr Stadtv. Steinbach (Bürgerl.), daß die Durchführung der fragl. Beschleusung einschl. Vorflutleitweiterung und Straßenbau insgesamt 88 500 RM. erfordere, welche Summe anteilig von den Anliegern und der Stadt getragen werden müsse. Der auf die Stadtkasse entfallende Betrag beläuft sich auf insgesamt 41 500 RM., während die Anlieger insgesamt 47 000 RM. beizutragen haben. — Herr Stadtv. Steinbach erklärte anschließend, daß sich erneut herausgestellt habe, daß der Stadt immer wieder hohe Kosten erwüchsen, wenn Wohnhäuser an Stellen errichtet werden, an denen Wasser-, Gas- und Schleusenanlagen fehlten, so daß diese erst neu angelegt werden müßten. Die Rechte werde in Zukunft derartigen Projekten ihre Zustimmung versagen.

Unter Punkt 22 der Tagesordnung wurde von der Abrechnung über die Bedürfnisanstalt auf dem Rosenplatze Kenntnis genommen. Herr Stadtv. Otto berichtete, daß der für die Erstellung der Anstalt veranschlagte Preis von 8900 Reichsmark um rund 4050 RM. überschritten worden sei, da sich mehrere vorher nicht mit eingerechnete bauliche Einrichtungen als notwendig erwiesen hätten. Mehrere Positionen seien in dem Voranschlag nicht eingesetzt gewesen. Wohl oder übel mußte sich das Kollegium einverstanden erklären, die überschießende Summe von 4047,11 RM. nachzubewilligen, nachdem auch der Bauausschuß und der Rat die Rechnung genehmigt haben. Die Errichtung der Bedürfnisanstalt ist in Regiebau erfolgt. — Herr Stadtv. Dr. Mühlmeister (Bürgerl.) bemerkte, daß man kaum einen parlamentarischen Ausdruck finde für die Begründung, mit welcher man die erhebliche Ueberschreitung zu rechtfertigen suche. Jedenfalls seien die hierbei gemachten Erfahrungen nicht geeignet, bei seinen Fraktionsfreunden die Liebe zum Regiebau zu wecken. Die Rechte verlange Rechenschaft; sie sei nicht einfach nur eine Jasagemaschine. — Es entspann sich hierauf eine ergiebige Aussprache, an der sich von der Linken zunächst die Herren Stadtv. Willkomm und Horn, von der bürgerlichen Fraktion die Herren Stadtv. Schäfer, Schinkel und Dr. Mühlmeister und als Vertreter der Partei für Volksrecht und Aufw. die Herren Stadtv. Fischer und Boland beteiligten. Von der linken Seite wurde versucht, die Ueberschreitung als eine durch die Verhältnisse bedingte Maßnahme hinzustellen, wodurch die Vorteile des Regiebaues keinesfalls bezweifelt werden könnten, während die Sprecher der Rechten sich in ihren Ausführungen kritisierend gegen das mit dem Regiebau eingeschlagene System wandten. Herr Stadtv. Fischer bekämpfte außerdem die noch bestehende Wohnungszwangswirtschaft und warf in Verbindung damit den Sozialdemokraten und Kommunisten vor, daß sie die Schuld an der herrschenden großen Wohnungsnot trügen. — Herr Stadtv.-Vorsteher Günther verlas die einzelnen Positionen der Rechnung, aus denen zu ersehen war, daß an der Erstellung der fraglichen Bedürfnisanstalt zahlreiche hiesige Handwerker beteiligt gewesen sind. (Sollten aber all diese Arbeiten, die unserer Meinung nach doch unbedingt erforderlich waren, nicht bereits in dem Voranschlage enthalten gewesen sein? D. Red.) Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die bedeutende Erhöhung gegenüber der Voranschlagssumme durch die Kanalisierungsarbeiten, durch Einrichtung der Wasserspülung und sonstige Anlagen, sowie durch den Fliesenbelag entstanden sei. Aber auch das sind doch Fragen, die bei Errichtung einer Bedürfnisanstalt von vornherein als unumgänglich feststehen. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider bemerkte, daß auch der Rat eine derartige Erhöhung im allgemeinen nicht billigen könne. Es habe sich aber in diesem Falle herausgestellt, daß die Einhaltung des Voranschlages nicht möglich gewesen sei. Redner erinnerte daran, daß der erste Voranschlag auf zirka 10 000 RM. gelautet habe.

Herr Stadtv. Bleier gab bekannt, daß ihm mitgeteilt worden sei, daß der in der Anstalt den Frauen und Mädchen zur freien Benutzung zur Verfügung stehende Abort auch während der Tagesstunden nicht immer offen sei. Dies wurde auch von Frau Stadtv. Berger bestätigt. — Auf Anregung des Herrn Stadtv. Günther wurde beschlossen, den Rat zu bitten, Anweisungen zu treffen, daß ein Frauenabort ständig zur freien Benutzung offenzuhalten ist.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 5. April 1928.

—* Wettervorhersage für den 6. April 1928. Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Wechselnd bewölkt. Neigung zu Niederschlagsschauern. Temperaturen wenig geändert. Böige, etwas abflauende Winde aus westlichen Richtungen. Witterungsaussichten für die nächsten Tage: Zunächst keine wesentliche Aenderung.

—* Daten für den 6. und 7. April 1928. Sonnenaufgang 5,25 (5,23) Uhr. Sonnenuntergang 18,41 (18,43) Uhr. Mondaufgang 20,06 (21,17) Uhr. Monduntergang 6,18 (6,38) Uhr.

6. April:
1528: Albrecht Dürer in Nürnberg gest. (geb. 1471).
1878: Erich Mühsam, Schriftsteller, geb.

7. April:
1814: Napoleon I. entsagt der Krone und wird nach Elba verbannt.
1898: Der Wasserbaumeister Otto Baensch, Erbauer des Kaiser-Wilhelm-Kanals, in Berlin gest. (geb. 1825).
1906: Ende der Marokkokonferenz (Beginn 16. Jan.).

—* Bezirkstag findet Montag, den 16. April, vorm. 11 Uhr im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain statt.

—* Geschäftsjubiläum. [illegible] Geschäftsjubiläum konnte am 1. April Herr [illegible] Clemens Kunze, Goethestraße [illegible], begehen. Herr [illegible], zur Zeit Obermeister der [illegible] Riesa u. Umg., erwarb am 1. April [illegible] die Geschäfte von [illegible] — Dem Jubilar herzliche Glück- und Segenswünsche zu seinem Geschäftsjubiläum.

—* Der Fahrverkehr auf der verlängerten Brauhausstraße ist lt. amtlicher Bekanntmachung bis auf weiteres verboten.

—* Straßensperrung. Wegen Beschleusungs- und Pflasterarbeiten wird die Langestraße im Stadtteil Weida vom 10. bis einschl. 14. April 1928 für allen Durchgangsfahrverkehr gesperrt.

—* Ostermusik. Der hiesige Missionsposaunenchor wird am 1. Osterfeiertag bei einigermaßen günstigem Wetter auf dem oberen Teile des Rosenplatzes von 11—12 Uhr vormittags abermals ein Posaunenblasen veranstalten.

—* Entbindungsheim im Städtischen Krankenhaus Riesa. Als seinerzeit beschlossen wurde, das Städtische Krankenhaus Riesa für Entbindungen, die wegen ungenügender häuslicher Verhältnisse nicht in der Wohnung erfolgen können, zur Verfügung zu stellen, wurde bestimmt, daß entsprechende Anträge beim Wohlfahrts- und Jugendamt gestellt werden sollten, damit dieses Amt die häuslichen Verhältnisse, wenn nötig, nachprüfen könnte. Diese Bestimmung ist in letzter Zeit zumeist nicht eingehalten worden. Da das Städtische Krankenhaus in letzter Zeit meist sehr stark belegt gewesen ist, muß Wert darauf gelegt werden, daß es nur zu solchen normalen Entbindungen aufgesucht wird, bei denen es die häuslichen Verhältnisse erforderlich machen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß entsprechende Anträge künftig stets rechtzeitig beim Wohlfahrts- und Jugendamt angebracht werden müssen. Dies gilt selbstverständlich nicht für solche Entbindungen, bei denen der Arzt die Aufnahme ins Krankenhaus anordnet oder die Entbindung mit Rücksicht auf ihre Schwierigkeit oder aus gesundheitlichen Gründen im Krankenhause erfolgen muß. Diese Fälle können jederzeit auf Aufnahme rechnen.

—* Gesellenprüfung der Schlosser-Zwangsinnung Riesa. Am 2. und 3. April d. J. fand im großen Saale des Hotel Höpfner die diesjährige Gesellenprüfung für das Maschinen-, Bau-, Fahrrad- und Mechaniker-Handwerk statt. Einige Wochen vorher waren bereits die Zeichnungen zu den Gesellenstücken der Kommission eingereicht, nach Prüfung und Zurückgabe durch die Kommission mit der Arbeit an den Gesellenstücken begonnen worden. Die Prüfung selbst war unterteilt in die eingehende Untersuchung und Beurteilung des Gesellenstückes, in eine schriftliche und eine mündliche Prüfung. Am Dienstag nachmittag 2 Uhr versammelten sich die Prüflinge, sowie eine Reihe Angehöriger und Gäste im großen Saale des Hotel Höpfner, um der feierlichen Lossprache der Lehrlinge beizuwohnen. Leider war das Interesse der Behörden, sowie auch der Berufsschulen, an der Besichtigung der ausgestellten Gesellenstücke und an der Abschlußfeier ein recht geringes. Dieses ist um so mehr zu bedauern, weil doch gerade der Handwerkerstand weiter gefördert und auf eine besondere Höhe gebracht werden muß. Und hierzu bot die Abschlußfeier wertvolle Anregungen für die Zukunft. Von der Berufsschule war nur Herr Oberlehrer Haack erschienen, von den eingeladenen Behörden niemand. Herr Obermeister Bley eröffnete um 2 Uhr mit kurzen Worten die Innungsversammlung mit Lossprache und begrüßte die Erschienenen und die Prüflinge. In einer längeren Ausführung an die Prüflinge hob Herr Obermeister Bley insbesondere hervor, daß zwar die jungen Leute ihre Gesellenprüfung bestanden haben, die Zeit des Lernens aber noch lange nicht vorüber sei. Es gilt, sich weiter im Beruf zu vervollkommnen, um den hohen Anforderungen, die Handwerk und Industrie stellen, gewachsen zu sein. Oberster Grundsatz muß für jeden Handwerker sein, den Beruf an erste Stelle zu setzen. Erst dann wird es möglich sein, Gutes zu leisten. Mit den besten Wünschen für das fernere Wohlergehen und für eine gute Zukunft schloß Herr Bley seine Ausführungen, und jeder Prüfling bekräftigte durch Handschlag das Versprechen, seinem Handwerk jederzeit Ehre zu machen. — Zur Prüfung selbst hatten sich 43 Lehrlinge gemeldet, von denen 2 die Note „Sehr gut", 28 „Gut", 12 „Bestanden" erhalten konnten. Eine anschließende Besichtigung der Gesellenstücke zeugte von guter handwerklicher Ausbildung. Durchweg konnte man erkennen, daß die Arbeiten selbst mit viel Liebe und Geschick ausgeführt worden sind, und daß die handwerkliche Ausbildung auf beachtlicher Höhe steht. — Es wäre nur zu wünschen, daß im kommenden Jahre der Prüfung wie auch der Ausstellung noch mehr Interesse entgegengebracht würde, damit auch weitere Kreise der Bevölkerung Anteil an der Ausbildung unseres Handwerkernachwuchses nehmen.

—* Auslegung der Stimmlisten. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien für die Reichstagswahl vom 29. April 1928 bis einschließlich 6. Mai 1928 auszulegen sind. In den Gemeinden Preußens, in denen mit Zustimmung der preußischen Landesregierung mit der Reichstagswahl die Gemeindewahl verbunden wird, werden die Stimmlisten und Stimmkarteien vom 15. April 1928 bis einschließlich 22. April ausgelegt.

—* Vorsicht in den Ostertagen! Erfahrungsgemäß häufen sich während der Feiertage die Einbruchsdiebstähle, da die verbrecherischen Elemente die längere Abwesenheit der Geschäfts- und Wohnungsinhaber, mit der sie an diesen Tagen rechnen, auszunutzen pflegen. Es empfiehlt sich daher, die Beaufsichtigung der Räume und die Nachprüfung der Verschlüsse einer Vertrauensperson zu übertragen. Bei verdächtigen Wahrnehmungen ist es zweckmäßig, sofort die Kriminalpolizei oder die nächste Polizeiwache zu benachrichtigen.

—* Sommerausgaben des Reichs-Kursbuchs. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Die 1. Sommerausgabe 1928 des Reichs-Kursbuchs mit den am 15. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplänen wird rechtzeitig einige Tage vor dem 15. Mai und die am 1. Juli erscheinende 2. Sommerausgabe Ende Juni herausgegeben werden. Bestellungen, deren baldige Aufgabe mit Rücksicht auf die beschränkte Auflage geboten ist, nehmen die Postanstalten und zustellenden Boten entgegen.

—* Personalveränderungen am Reichsgericht. Der Reichsgerichtsrat Franz Menzel ist zum Senatspräsidenten bei dem Reichsgericht und der Landgerichtsdirektor und Amtsgerichtsrat Dr. Max Coning aus München-Gladbach zum Reichsgerichtsrat ernannt worden.

—* Beamtenaustausch der Städte. Der Vorstand des Städtetages ist der Auffassung, daß ein Austausch von Verwaltungs- und Beamtenanwärtern unter den Städten als Maßnahme zur Förderung der technischen Rationalisierung der einzelnen Verwaltung in Betracht kommen könne. Er hat daher seinen Mitgliedstädten empfohlen, Verwaltungs- und Beamtenanwärter, die von anderen Verwaltungen überwiesen werden, auf Wunsch als Volontär für einige Monate ohne irgendwelche Vergütung zu beschäftigen, unter der Voraussetzung, daß den Städten hieraus besondere Verpflichtungen nicht erwachsen. [illegible]